

Falls dieser Text nicht richtig angezeigt wird, aktiviert die html-Ansicht des Mail-Programmes oder klickt [hier](#) für die Online-Version.

Rundbrief Christine Buchholz | Dezember 2012

Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

**Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Genossinnen und Genossen,**

bis zum 20. Januar 2013 kämpft DIE LINKE für den Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag. DIE LINKE sagt NEIN zur Politik für Spekulanten, zu Sozialabbau, Atomstrom und Studiengebühren. Die LINKE steht in Umfragen bei 3-4 Prozent. Ein Wiedereinzug in den Landtag ist also durchaus möglich. Er wäre ein Punktsiege gegen Merkel und Steinbrück und ihre verheerende Krisenpolitik. Lasst uns gemeinsam die Genossinnen und Genossen in Niedersachsen unterstützen!

<http://wir-wählen-links.de/index.php>

Der Bundeswehreininsatz mit Patriot-Raketen und Soldaten in der Türkei, der geplante Bundeswehreininsatz in Mali und die wachsenden Rüstungsexporte: Die weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist der Schwerpunkt meines Rundbriefs. Zudem stelle ich die neue Plakat-Ausstellung der Fraktion „Die ‚neue‘ Bundeswehr. Werbung und Wirklichkeit“ vor.

Ich wünsche Euch erholsame Festtage und ein gutes neues Jahr!

Ihre / Eure

Christine Buchholz

Verlegung deutscher Patriot-Raketen erhöht die Kriegsgefahr



Im Eilverfahren hat die Regierung die Entsendung von bis zu 400 Bundeswehrsoldaten und Raketen an die türkisch-syrische Grenze beschlossen. In einem [Interview](#) habe ich zusammen mit meinem Kollegen Jan van Aken erklärt, warum dieser Schritt die Kriegsgefahr in der Region erhöht:

Grünen-Geschäftsführer Volker Beck hat angesichts des heraufziehenden Wahlkampfes nun vollmundig erklärt, „Die Zeiten, in denen die Bundesregierung jeden Unfug durchregieren konnte, sind vorbei“. Leider hat diese Ansage

keine 24 Stunden gehalten, denn schon am nächsten Tag haben Grüne und SPD sich hinter die Entscheidung der Bundesregierung gestellt, die Raketenstaffeln ins Krisengebiet zu entsenden. In einer [Pressemitteilung](#) habe ich den Standpunkt der Partei DIE LINKE verdeutlicht:

Einen Überblick über das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten findet ihr hier:

<http://www.linksfraktion.de/namentliche-abstimmungen/>

Plakatausstellung "Die ‚neue‘ Bundeswehr. Werbung und Wirklichkeit"



Nach der Plakatausstellung „Afghanistan. Das wahre Gesicht des Krieges“ folgt in ganz ähnlicher Aufmachung die Plakatausstellung „Die ‚neue‘ Bundeswehr. Werbung und Wirklichkeit“. Thematisch greifen wir damit auch das Thema der Broschüre „Bundeswehr raus aus den Schulen“ auf, die im vergangenen Jahr in eine Auflage von mehr als 30.000 Exemplaren verteilt wurde. In dieser Ausstellung geht es darum, das Agieren der Bundeswehr im öffentlichen Raum und die damit einhergehende Militarisation des Alltags zu thematisieren: die Werbung von jungen Menschen, das Soldatsein als „normalen“ Beruf (mit Aufstiegschancen),

die Folgen der Militäreinsätze für die Soldatinnen und Soldaten und für die Angehörigen, die Gewöhnung an Krieg als Mittel der Politik. Und es geht um die Alternative: „Zivil statt Militärisch“.

Es handelt sich um 10 Plakate mit Bild und Text im Format DIN A1. Die Serie kann nur im Gesamtpaket bestellt werden und ist ausschließlich für Ausstellungen in öffentlich zugänglichen Büros gedacht. Voraussetzung für eine Ausstellung sind ca. 7m Aufstellbreite mit entsprechender davor freiliegender Fläche für die Betrachter. Für Beratung zur Organisation der Ausstellung stehen mein Wahlkreisbüro in Frankfurt (christine.buchholz@wk2.bundestag.de) und der Bereich Öffentlichkeitsarbeit (heinrich.eckhoff@linksfraktion.de) gerne zur Verfügung.

Veranstaltung "Gute Geschäfte!?! – Deutscher Waffenhandel auf dem Prüfstand"



Vergangenen Samstag war ich auf einen Thementag zum Thema Rüstungsexporte eingeladen, den Katholische Erwachsenenbildung Main-Taunus und Hochtaunus, Pax Christi – Bistumsstelle Limburg und dem Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau und Weitere veranstaltet haben. Nachdem Befürworter und Gegner des Waffenhandels zu Wort kamen diskutierte ich in der "Politikerrunde" über die Positionen der Parteien zu diesem Thema.

Auf meiner Homepage ist ein ausführlicherer [Bericht](#) über die Veranstaltung zu finden.

Kliniken in öffentliche Hand

Die drohende Privatisierung des Klinikums der Stadt Offenbach ist eine der ersten Auswirkungen von Schuldenbremse und klammen kommunalen Kassen. Vor die Wahl gestellt, ob das Klinikum in die Insolvenz geschickt, oder privatisiert werden soll, entschied sich die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung für den Verkauf des Klinikums. Gegen diese Privatisierung läuft nun bis zum 3. Januar ein Bürgerbegehren, dass den Erhalt des Klinikums in öffentlicher Hand fordert. Ich habe die Bürgerinitiative beim Sammeln der Unterschriften in der Offenbacher Innenstadt unterstützt.



Es war beindruckend wie sehr die Offenbacherinnen und Offenbacher von dieser Frage betroffen sind und wie stark ihnen die Zukunft ihres Klinikums unter den Nägeln brennt. Angesichts des immer stärker voranschreitenden Kürzungsdrucks und Sozialabbaus ist es wichtig dass Bürgerinnen und Bürger diese Spardiktate, Umstrukturierungen und Schließungen nicht einfach nur hinnehmen, sondern versuchen sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen und gemeinsam für gute Arbeit und öffentliche Daseinsvorsorge zu kämpfen. Nicht nur in Offenbach, sondern auch bei der Frankfurter Rundschau, bei Neuselters in Löhnberg und in ganz Europa.

Mali: Interventionsplanungen unverzüglich stoppen

Die Planungen der Bundesregierung, die Bundeswehr im Rahmen einer EU-Mission nach Mali in den Einsatz zu schicken, geraten immer mehr zur Posse. Auf die Kritik der Linken hin, dass damit einer aus dem Staatsstreich vom März 2012 hervorgegangene Regierung militärisch unterstützt wird, antwortete die Bundesregierung stets, dass sich dort seit August eine zivile „Regierung der nationalen Einheit“ gebildet hätte.

Tatsächlich hatte sich gar nichts geändert. Präsident und Premierminister blieben unverändert im Amt. Am 10. Dezember nun putschte das Militär erneut und entfernte den Premierminister der „Einheitsregierung“ – einen Tag nachdem die EU-Außenminister die Einsatzplanungen beschlossen haben. Dazu findet ihr hier eine Pressemitteilung von mir:

<http://christinebuchholz.de/2012/12/11/mali-interventionsplanungen-unverzuglich-stoppen/>

Beschneidung

Am 13. Dezember wurde im Bundestag über den Gesetzentwurf zur Beschneidung abgestimmt. Ich habe dem Gesetzentwurf zugestimmt, weil für mich das Eintreten für Minderheitenrechte und Religionsfreiheit zur Kern eines linken Selbstverständnisses gehören. Dies kann man auch in meiner [persönlichen Erklärung](#) nachlesen.

Kontakt

Meine Wahlkreisbüros in Hessen:
Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt
Natalie Dreibus
christine.buchholz@wk2.bundestag.de
Tel.: 069 - 970 979 64
Fax.: 069- 970 979 65

Steingasse 5, 34613 Schwalmstadt
Heidemarie Scheuch-Paschkewitz
heide.scheuch@yahoo.de
Tel.: 06691 – 2204630

Tanusstraße 2, 63067 Offenbach
Lisa Hofmann
christine.buchholz@wk.bundestag.de
Tel.: 069 - 85 09 53 27

In Berlin erreicht ihr mich über Katja Kaba:
christine.buchholz@bundestag.de
Tel.: 030 - 2277 - 50 62

Meine aktuellen Aktivitäten, Initiativen und Reden findet Ihr auch im Internet unter: www.christinebuchholz.de
oder auf Facebook: <http://www.facebook.com/ch.buchholz?ref=sgm>

Unter <http://christinebuchholz.de/feed/> könnt ihr ein News-Feed abonnieren, d.h. ihr werdet informiert wenn ein neuer Artikel, eine Rede oder Pressemitteilung erscheint.
Wer in größeren Abständen über meine Aktivitäten informiert werden möchte kann sich auch gerne in meinen Verteiler eintragen. Bitte Mail an christine.buchholz@bundestag.de mit dem Betreff "Verteiler"